

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege



21.03.2017

Jahresbericht 2016 des Fachausschusses Gesundheitswesen

Vorsitz: Martina Huth, Der Paritätische

Vorsitz: Martina Huth, Der Paritätische

Im Jahr 2016 standen die Umsetzung des Präventionsgesetzes und das Recht auf gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Mittelpunkt der Arbeit des Fachausschusses Gesundheitswesen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Mit dem vom Bundestag verabschiedeten Präventionsgesetz wurden die strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen, Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention in jedem Lebensalter und in allen Lebensbereichen zu fördern und auszubauen. Das Gesetz soll zudem für eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sorgen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit ihren vielfältigen Betätigungsfeldern im Sozial- und Gesundheitswesen zählen zu den zentralen Akteuren in den im Präventionsgesetz benannten Lebenswelten. Dazu zählen: Stadtteilzentren/Nachbarschaftshäuser, Kitas, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Einrichtungen der Behinderten- und Altenhilfe uvm. Vertreter/innen des Fachausschusses waren zwar am Nationalen Präventionsforum, das 2016 zum ersten Mal tagte, beteiligt. Von Seiten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wird jedoch nach wie vor eine stärkere fachlich-inhaltliche Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) angestrebt. Auf Initiative des Fachausschusses Gesundheitswesen wurde das Interesse an einer Kooperationsbereitschaft der Wohlfahrtsverbände erneut gegenüber dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkasse und den weiteren an den Umsetzungsprozessen beteiligten Sozialversicherungsträgern unterstrichen und mehrere politische Gespräche mit den Entscheidungsträgern auf Bundesebene geführt. Hauptanliegen der BAGFW ist es, an der Umsetzung der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene künftig beteiligt zu werden und somit auch zu einer Etablierung und Verstetigung guter Praxisbeispiele beizutragen. Die Konkretisierung einer Zusammenarbeit wird weiter angestrebt. Das Thema wird somit 2017 weiter auf der Agenda des Fachausschusses stehen.

Gesundheitliche Versorgung für alle Menschen

Alle – kranke, junge, ältere, einkommensstarke und einkommensschwächere Menschen – haben das Recht auf einen gleichberechtigten Zugang zum gesundheitlichen Versorgungssystem. Zugangsbarrieren müssen abgebaut werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch vor diesem Hintergrund befasst sich der Fachausschuss mit den Möglichkeiten eines gleichberechtigten Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung für alle Menschen. Die aktuellen Probleme der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerber/innen wurden diskutiert. Der Fachausschuss erarbeitet zurzeit Eckpunkte zu ausgewählten Aspekten dieses Themenfeldes.

[Zum Seitenanfang](#)